

Inhalt der Sitzung vom 11.02.2008

TOP Ö 1 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach § 78 Abs. 4 GemO

Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Grünen Liste Plankstadt (GLP) e.V. im Jahr 2008 schenkt die Grüne Liste Plankstadt den Bürgerinnen und Bürgern von Plankstadt eine Blutbuche. Die Anschaffung und die Pflanzung der Blutbuche, die von der Grünen Liste Plankstadt übernommen wird, kosten 350,- Euro.

Die am Weihnachtsmarkt 2007 beteiligten Vereine Chorgemeinschaft, Hausfrauen, Landfrauen, KKS sowie das Jugendzentrum und die Klasse 4 b der Friedrichschule erzielten einen Reinerlös für die Notgemeinschaft von 3.369,50 Euro.

GRat Karl Schleich (CDU) bedankte sich bei den Spendern und betonte, dass die beim Weihnachtsmarkt beteiligten Vereine und Gruppen einen besonderen Beitrag leisten. Er zeigte sich auch sehr erfreut über die Schenkung einer Blutbuche durch die Grüne Liste Plankstadt. Auch GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) sprach davon, dass es immer erfreulich sei, wenn sich Bürger engagieren. Der Weihnachtsmarkt habe in der Vergangenheit großen Anklang gefunden; außerdem wirke sich die um eine Stunde nach hinten verschobene Öffnungszeit positiv aus. Zum Abschluss ihrer Ausführungen bat sie auch in diesem Jahr um eine Aufstellung über die Zuwendungen aus der Notgemeinschaft.

GRätin Gaby Wacker (SPD) freute sich über den guten Erfolg des Weihnachtsmarkts. Sie gab auch ihrer Hoffnung Ausdruck, dass sich aus der kleinen Blutbuche (als Ersatz für das vergiftete Naturdenkmal) ein stattlicher Baum entwickle.

GRat Winfried Wolf (GLP) hoffte, dass die Zukunft der Blutbuche, die in der Obhut auf dem Schulgelände der Humboldtschule gepflanzt werden soll, gesichert sei. Er bedankte sich ebenfalls für das hervorragende Engagement der Vereine und Gruppen beim Weihnachtsmarkt, was sich in der Steigerung des Reinerlöses im Vergleich zum Vorjahr gezeigt habe.

TOP Ö 2 Bestellung der Mitglieder des Gutachterausschusses zum 01.04.2008

Die Amtszeit des derzeitigen gemeindlichen Gutachterausschusses endet am 31.03.2008. Deshalb sind die Mitglieder für die kommenden vier Jahre neu zu bestellen, wobei eine wiederholte Bestellung zulässig ist. Gemäß § 5 der Gutachterausschussverordnung ist der Gutachterausschuss mindestens mit einem Vorsitzenden, zwei weiteren Gutachtern und einem für die Einheitsbewertung zuständigen Finanzamtsbediensteten zu besetzen. Die Herren Günter Felchner, Jost Goebels und Gerhard Wiegand, die bisher dem Gremium angehörten, baten aus Altersgründen um ihr Ausscheiden.

Als Nachfolger für die ausgeschiedenen Mitglieder schlug die Verwaltung vor, die beiden ortsansässigen Architekten, Herrn Andreas Lerche und Herrn Rolf Mehrer, zu bestellen.

GRätin Jutta Schuster (CDU) bat bei der nächsten Bestellung um eine vorgeschaltete Besprechung im Ausschuss. Weiterhin bemängelte sie, dass nur noch ein Landwirtschaftsvertreter im Gutachterausschuss sei und der Vorsitzende des Ortsbauernverbands nicht im Gremium vertreten sei.

BAL Boxheimer entgegnete, dass zurückliegend so gut wie kein Gutachten für landwirtschaftliche Flächen erstellt worden sei. Zudem lege man im Rhythmus von 2 Jahren die Bodenrichtwerte fest.

GRat Fredi Engelhardt (PL) bat ebenfalls um vorherige Information bei der Ausschussbesetzung. Die Besetzung mit einem Landwirtschaftsvertreter hielt er für ausreichend.

Im Gegensatz dazu plädierte GRat Dieter Schneider (SPD) für zwei Landwirtschaftsvertreter. Bei den drei

ausscheidenden Mitgliedern bedankte er sich für die geleistete Arbeit.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) bat um Vorlage eines Tätigkeitsberichts und war der Auffassung, dass ein Vertreter der Landwirtschaft ausreichend sei.

GRat Günter Kolb (CDU) schlug Hans-Peter Helmling (Vorsitzender des Bauernverbands) als zweiten Landwirtschaftsvertreter vor.

Diesem erweiterten Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich, bei 6 Ja-Stimmen der CDU, der Stimme des Bürgermeisters und 10 Enthaltungen von PL, SPD und GLP, zugestimmt.

Der Gutachterausschuss der Gemeinde Plankstadt setzt sich demnach wie folgt zusammen:

Vorsitzender: Edmund Fandrich

Weitere Gutachter: Franz Boxheimer, Andreas Lerche, Rolf Mehrer, Andreas Wolf

Landwirtschaftsvertreter: Kurt Hallwachs und Hans-Peter Helmling

Finanzamtsvertreter: Heidrun Jauché und Manfred Budweg (Stellvertreter).

TOP Ö 3 Antrag zur Zulassung einer größeren Verkaufsfläche des Netto-Einkaufsmarkts auf den Grundstücken Flst.Nrn. 1902/1 u. a., Oftersheimer Landstr. 1

Das Projektentwicklungsbüro Wohnpark „Am Forsthaus“ hatte im April 2006 einen Antrag zur Zulassung einer um 50 m² größeren Verkaufsfläche des im Februar 2006 fertig gestellten Netto-Einkaufsmarkts eingereicht. Die bisher genehmigte Verkaufsfläche beträgt 795,29 m². Die erweiterte Verkaufsfläche umfasst 845,29 m² und überschreitet die gemäß Ziffer 1.2.3 des Bebauungsplans „Einkaufsmarkt Plankstadt“ maximal zulässige Verkaufsfläche von 800 m² um 45,29 m² (5,3 %). Die Erweiterungsfläche entstand durch Hinzunahme eines Teils des Lagers zum Verkaufsraum, also ohne nach außen sichtbare bauliche Veränderung und ohne Sortimentserweiterung. Die Gemeinde hatte das Einvernehmen zu diesem Befreiungsantrag mit Hinweis auf eine Verletzung der Planungsgrundzüge versagt. Die Baurechtsbehörde hatte sich der Sichtweise der Gemeinde angeschlossen, den Antrag abgelehnt und die Nutzung der zusätzlichen Verkaufsfläche untersagt.

Daraufhin hatte der Antragsteller Widerspruch und schließlich Klage eingereicht.

Kurz vor Beiladung zu dem Verwaltungsgerichtsverfahren erhielt die Gemeinde Kenntnis von einem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg (VGH) in einem fast gleich lautenden Verfahren. Danach sieht der VGH eine Ausweitung der Verkaufsfläche um etwas 7 % (hier: nur 5,3 %) keine Verletzung der Planungsgrundzüge eines Bebauungsplans. Die Verwaltung und das Rechtsamt des Landratsamts haben aufgrund dieses Urteils vom 14.03.2007 das laufende Klageverfahren als für die Gemeinde wenig Erfolg versprechend eingestuft. Die Gemeinde ist deshalb gehalten, das Einvernehmen zur nachträglichen Zulassung einer größeren Verkaufsfläche zu erteilen.

GRat Günter Kolb (CDU) stellte fest, dass der Gemeinde keine andere Wahl bleibe und „Mit der Faust in der Tasche“ müsse man das Einvernehmen erteilen. Generell werde der Einkaufsmarkt gut angenommen. In diesem Zusammenhang monierte er aber auch, dass die Außenflächen endgültig hergestellt werden müssten.

GRat Gerhard Waldecker (PL) meinte ebenfalls, wie seinerzeit befürchtet, dass der Gemeinde nichts mehr anderes übrig bleibe, als das Einvernehmen zu erteilen. Nach seiner Auffassung sei die größere Verkaufsfläche de Facto schon vorhanden. Es sei bedauerlich, dass man so verfahren müsse, zumal sich die Frage stelle, wie sich der Gemeinderat bei Privatpersonen in ähnlichen Fällen verhält. Abschließend wies er noch auf die Müllablagerungen im Außenbereich hin und bat um entsprechende Kontrollen durch den Gemeindevollzugsdienst. GRätin Gaby Wacker (SPD) befand, dass die Bevölkerung aufgrund der Überschrift des Tagesordnungspunkts zur

Meinung kommen könnte, dass der Netto-Markt größer werde. Da sich gegenüber dem Jahr 2006 keine Änderung ergeben hat, kündigte sie an, dass sich die SPD-Fraktion der Stimme enthält. Auf Nachfrage erklärte BAL Boxheimer, dass für die Gemeinde keine Prozesskosten angefallen seien, da gegen die Baurechtsbehörde des Rhein-Neckar-Kreises geklagt wurde. Das Gerichtsurteil des VGH sei der Verwaltung seit ca. 5-6 Wochen bekannt. GRat Winfried Wolf (GLP) erinnerte an die unrühmliche Vorgeschichte. Er bezeichnete das Gesamtverhalten des Investors als bedauerlich. Die Konsequenz des Gerichtsurteils wäre, dass man bei einer geplanten Verkaufsfläche von 800 m² grundsätzlich nur 750 m² beantragt bzw. sich genehmigen lässt, da die Überschreitung von 50 m² noch im Toleranzbereich von 7 Prozent liegt. Die GLP lehne die Erteilung des Einvernehmens „Mit der Faust auf dem Tisch“ ab.

Bei drei Enthaltungen von GRätin Gaby Wacker, GRat Werner Engelhardt und GRat Dieter Schneider (alle SPD) sowie zwei Gegenstimmen der GLP, erteilte der Gemeinderat mehrheitlich dem Netto-Einkaufsmarkt das Einvernehmen zu der Überschreitung der Verkaufsfläche um 45,29 m² als Befreiung von Ziffer 1.2.3 des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Einkaufsmarkt Plankstadt“.

TOP Ö 4 Stellplatzablösungsvertrag im Zusammenhang mit der Erweiterung der Pension auf dem Grundstück Flst.Nr. 1314/25, Am Ochsenhorn 6a in eine öffentliche Gaststätte

Im Oktober 2007 wurde die Erweiterung der Pension Am Ochsenhorn 6a in eine öffentliche Gaststätte beantragt. Die Nutzungserweiterung entspricht den Festsetzungen des Bebauungsplans „Industrie- und Gewerbegebiet Jungholz“. Die Erteilung des Einvernehmens der Gemeinde war demnach gemäß § 36 BauGB entbehrlich. Zwischenzeitlich hat die Baurechtsbehörde die Anzahl der notwendigen Stellplätze für die Nutzungen auf dem Grundstück Am Ochsenhorn 6 (Wohnungen, Fremdenzimmer, Kosmetikstudio) + 6a (Pension, Gaststätte) ermittelt. Von den insgesamt 19 notwendigen Stellplätzen können auf beiden Grundstücken nach Abstimmung mit dem Baurechtsamt aber nur 17 Stellplätze nachgewiesen werden.

Für die beiden fehlenden Stellplätze war daher über den Antrag auf Stellplatzablösung zu entscheiden.

GRat Andreas Berger (CDU) stimmte für seine Fraktion der Vorlage zu.

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) wollte wissen, ob die Parkplätze auf der gegenüberliegenden Seite eingerichtet werden könnten.

BAL Boxheimer antwortete, dass diese Fläche nur über eine Baulast genutzt werden könnte.

GRat Werner Engelhardt (SPD) gab die Zustimmung seiner Fraktion.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) hatte ebenfalls keine Einwände.

Mit einstimmigem Votum beschloss das Ratsgremium, dem Antrag auf Stellplatzablösung zuzustimmen und beauftragte den Bürgermeister mit dem Vertragsabschluss.

TOP Ö 5 Bauantrag

Das Ratsgremium erteilte dem Bauantrag zur Wohnhauserweiterung, zum Anbau von Balkonen und zur Dachinstandsetzung auf dem Grundstück Flst.Nr. 3015, Bruchhäuser Weg 22, einstimmig das Einvernehmen.

TOP Ö 6 Beratung und Beschlussfassung über Haushaltsanträge für das Jahr 2008

Die CDU-Fraktion stellte fünf- und die SPD-Fraktion zwei Haushaltsanträge. Diese Anträge wurden in der Sitzung

des Finanz- und Verwaltungsausschusses am 28.01.2008 erörtert.

Fraktionssprecherin Jutta Schuster (CDU) erläuterte die einzelnen Anträge:

Antrag 1 Ausbildungsplatz bei der Gemeinde Plankstadt

Um jungen Menschen Perspektiven für ihren Start ins Berufsleben zu geben, wurde beantragt in der Gemeindeverwaltung wieder regelmäßig einen Ausbildungsplatz zu schaffen.

Die Verwaltung nahm hierzu wie folgt Stellung:

Für die Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten waren die Einstellungstests bei der Verwaltungsschule in Karlsruhe für den diesjährigen Einstellungstermin bereits im August bis Dezember 2007. Die letztmalige Ausbildung eines Verwaltungsangestellten erfolgte in einer bewährten Kooperation mit der Stadt Heidelberg. Allerdings konnten die drei zuletzt Ausgebildeten aufgrund fehlender Stellen von der Gemeinde nicht übernommen werden. Ein weiterer Vorteil der Kooperation war der Einblick der Auszubildenden in eine Großverwaltung bzw. Gemeinde unserer Größenordnung.

Die Verwaltung schlug deshalb vor, für das Jahr 2009 eine Ausbildungsstelle für einen Verwaltungsfachangestellten in Kooperation mit der Stadt Heidelberg zu schaffen.

Auf den weitergehenden Antrag von GRat Winfried Wolf (GLP) eingehend, der die Schaffung eines Ausbildungsplatzes im Gemeindebauhof (für einen Hauptschüler) für dringend erforderlich hielt, wollte der Bürgermeister wissen, in welchem Berufszweig der Jugendliche ausgebildet werden solle. Er könne sich auch hier eine Kooperation mit den Städten Heidelberg oder Schwetzingen, die von GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) angeregt wurde, vorstellen

GRat Horst Kolb (PL) fragte, ob der Bauhofvorarbeiter über eine Qualifikation zum Ausbilder verfüge und wenn ja, in welchen Berufszweigen er ausbilden könne.

Bürgermeister Huckele antwortete, dass die Voraussetzungen gegeben seien, die Details jedoch noch einer Klärung bedürften.

GRätin Gaby Wacker (SPD) meinte, dass es bis zum 01.09.2008 möglich sein müsste, den Ausbildungsplatz im Bauhof einzurichten.

GRätin Jutta Schuster (CDU) stellte daraufhin den Antrag, für das Jahr 2008 einen Ausbildungsplatz im Bauhof und für das Jahr 2009 einen Ausbildungsplatz in der Verwaltung zu schaffen.

Bei fünf Gegenstimmen von GRätin Ulrike Breitenbücher, GRat Dr. Stephan Verclas, GRat Horst Kolb, GRat Fredi Engelhardt (alle PL) und des Bürgermeisters sowie einer Enthaltung von GRat Gerhard Waldecker (PL) beschloss der Gemeinderat mehrheitlich, für das Jahr 2008 einen Ausbildungsplatz im Bauhof und für das Jahr 2009 eine Ausbildungsstelle in der Verwaltung zu schaffen.

Antrag 2 Ausbau der Schulsozialarbeit

Die Zunahme der Jugendkriminalität ist ein aktuelles Problem. Das Stundenbudget der Schulsozialarbeit (Vertrag mit Postillion e.V.) soll erhöht werden. In Absprache mit den Schulen sollen Einzelfallhilfe, Schüler-/Elterngespräche, präventive Maßnahmen zur Stärkung der Sozialgemeinschaft innerhalb der Klassen erweitert werden.

Der Vorschlag der Verwaltung lautete, diesbezüglich Gespräche mit der Humboldtschule und dem Postillion e.V. aufzunehmen. Die weitere Behandlung des Themas erfolgt statt im Finanz- und Verwaltungsausschuss, im

Ausschuss für Soziales, Sport, Kultur und Jugend.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig den Ausbau der Schulsozialarbeit.

Antrag 3 Hort an der Schule

Sowohl die CDU als auch die SPD stellten hierzu einen Antrag. Zum Schuljahr 2008/2009 soll als Pilotversuch an der Humboldtschule ein Hort eingerichtet werden.

Die Verwaltung stellte hierzu fest, dass bei einer Umfrage im Gemeindemitteilungsblatt im Zeitraum vom 06.12.2007 bis 18.01.2008 elf Rückmeldungen (Friedrichschule: 5 und Humboldtschule: 6) für eine erweiterte Nachmittagsbetreuung (Hort) eingingen. Davor deckt die Kernzeitbetreuung die Zeiträume von 7.30 Uhr bis 8.35 Uhr und 12.00 Uhr bis 13.30 Uhr (der dazwischen liegende Zeitraum wird im Rahmen der Verlässlichen Grundschule abgedeckt). Von den elf gemeldeten Kindern besuchen derzeit vier Kinder die Kernzeitbetreuung.

GRätin Jutta Schuster (CDU) wies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit der Neueinteilung der Schulbezirke hin.

GRat Gerhard Waldecker (PL) erinnerte an seine Ausführungen in einer früheren Gemeinderatssitzung und unterstützte dieses Anliegen, da bereits Anfang April die Anmeldungen für die 1. Klasse beginnen.

Das Gremium beschloss einstimmig, die Behandlung im Ausschuss für Soziales, Sport, Kultur und Jugend mit dem Ziel der Einrichtung einer Hortbetreuung an der Humboldtschule ab dem Schuljahr 2008/2009 fortzuführen.

Antrag 4 Ferienbetreuung

Für Kinder, die nicht an der Kernzeitbetreuung teilnehmen, bestand bisher – freie Kapazitäten vorausgesetzt – die Möglichkeit einer Betreuung in den Schulferien. Dies umfasste jeweils eine Woche Oster-, Pfingst- und Herbstferien, 1,5 Wochen am Anfang und in den letzten zwei Wochen der Sommerferien. Die bisherige Nachfrage konnte gedeckt werden. Entsprechende Publikationen zur Ferienbetreuung sollen gemäß den Ausschussberatungen im Gemeindemitteilungsblatt erfolgen.

Mit einstimmigem Votum beschloss der Gemeinderat diese Form der Ferienbetreuung.

Antrag 5 Schaffung der Rahmenbedingungen für eine weitere Krippengruppe

Sowohl die CDU als auch die SPD stellten hierzu einen Antrag. Im Kindergarten St. Nikolaus wurde 2007 auf Antrag der SPD eine Krippengruppe mit 10 Plätzen eingerichtet, die schnell belegt war. Der Bedarf ist – auch im Hinblick auf die bevorstehende Bebauung im „Bruchhäuser Weg“ – deutlich größer als das bisherige Angebot.

Die Verwaltung beabsichtigt, 10 weitere Plätze für Kinder unter drei Jahren im Ev. Kindergarten einzurichten. Diesbezügliche Gespräche wurden zwischenzeitlich mit den Vertretern der beiden Kirchengemeinden geführt.

GRat Dieter Schneider (SPD) monierte zunächst, dass die beiden Anträge seiner Fraktion, obwohl zuerst eingereicht, in der Vorlage erst nach den CDU-Anträgen aufgeführt wurden – allerdings sei die Übereinstimmung in dieser Sache wichtiger. Er wies auf den SPD-Antrag zum Bau eines kommunalen Kindergartens aus dem Jahr 1996 hin, der damals keine Mehrheit fand. Er sei überzeugt, dass man in der gegenwärtigen Situation bei der Existenz eines kommunalen Kindergartens flexibler reagieren könnte. Er erinnerte daran, dass ab 2013 ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem 1. Lebensjahr bestehe und der Bund versprochen habe, 12 Mrd. Euro (dreimal soviel wie bisher) für 750.000 Plätze aufzuwenden.

GRat Gerhard Waldecker (PL) begrüßte die vorliegenden Haushaltsanträge. Aufgrund der Haushaltslage habe man bewusst auf eigene Anträge verzichtet.

GRat Winfried Wolf (GLP) stellte fest, dass seine Fraktion erstmals seit 1984 keine Haushaltsanträge gestellt habe. Er verwies in diesem Zusammenhang auf bisher unerledigte Anträge z. B. Arbeitskreis Gemeindeförderung, Neubürgerempfang, Areal „Adler“, Archivsicherung, Reorganisation der Verwaltung (Gutachten) und ÖPNV (Straßenbahn). Er glaube, dass die Verwaltung an ihrer Leistungsgrenze angelangt sei und sich an dieser Situation auch 2008 nichts mehr ändern werde.

GRat Dr. Stephan Verclas (PL) fragte nach einer Kostenkalkulation für die zusätzliche Krippengruppe und nach einer evtl. hierfür notwendigen Beschlussfassung.

Bürgermeister Huckele antwortete, dass die Gemeinde ca. 35.000 Euro aufwenden müsse, die im Nachtragshaushalt zu finanzieren seien.

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) wollte wissen, welche Ergebnisse die Gespräche mit den Vertretern der beiden Kirchengemeinde gebracht haben.

Bürgermeister Huckele teilte mit, dass im Ev. Kindergarten eine Krippengruppe (max. 10 Kinder) eingerichtet werde. Dadurch fallen per Saldo 15 Kindergartenplätze der bisherigen Regelgruppe weg.

Die Einrichtung einer weiteren Krippengruppe (10 Plätze) im Ev. Kindergarten wurde vom Gemeinderat einstimmig befürwortet.

TOP Ö 7 Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008 sowie des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2008

Bürgermeister Huckele erläuterte zunächst die wichtigsten Eckpunkte der vorliegenden Pläne. Er sprach von einem „schwierigen Haushaltsplan 2008 mit Unbekannten“. Allerdings zeige die Finanzplanung der nächsten drei Jahre auf, dass man ab 2009 erfreulicherweise wieder mit der Erwirtschaftung von Zuführungen zum Vermögenshaushalt und zur allgemeinen Rücklage rechnen kann. Im Einzelplan 9 wirke sich – „hoffentlich zum letzten Mal“ – die Problematik der Gewerbesteuer der Firma AstraZeneca aus. Bemerkenswert sei auch der Aspekt, dass seit 2003 keine Kredite aufgenommen werden mussten, sondern planmäßige Tilgungen erfolgen konnten. Zur Finanzierung des laufenden Haushalts sei lediglich eine Rücklageentnahme von rund 180.000 Euro eingeplant.

Als großes Risiko bezeichnete er die Ungewissheit, wann die Wertabschöpfung und die Erschließungsbeiträge aus dem Baugebiet „Bruchhäuser Weg“ der Gemeinde zufließen. Aufgrund von laufenden Anträgen auf gerichtliche Entscheidung müsse man sorgfältig abwägen, ob ein vorgezogener Beginn der Erschließungsarbeiten möglich ist. Die geplanten Ausgaben sollten von den gesicherten Einnahmen abhängig gemacht werden.

Auch beim Wirtschaftsplan der Gemeindewasserversorgung gebe es Unwägbarkeiten. Die Frage der Eigenförderung sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch zu klären. Im Zuge der Erweiterung des Wassernetzes im Neubaugebiet „Bruchhäuser Weg“ und Ehehaltstraße/Antoniustweg sei eine Kreditaufnahme in Höhe von 1.250.000 Euro unumgänglich.

Abschließend versicherte der Bürgermeister, dass man die Entwicklung sorgfältig beobachten müsse und bei gravierenden Änderungen - insbesondere im Einnahmenbereich - mit einem Nachtragsplan reagieren werde.

GRätin Jutta Schuster (CDU) sah ein ereignisreiches politisches Jahr auf die Gemeinde zukommen. Die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung halte weiter an. Die Kreisumlage sei stabil, man könne 2009 sogar mit einer Reduzierung rechnen. Die Hiobsbotschaft für die Gemeinde sei im April 2007 mit der angekündigten

Schließung des AstraZeneca-Werkes gekommen, was massive Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen bedeutete. Mittlerweile gebe es durch den Werksverkauf wieder eine gute Nachricht zu vermelden. Standort und Arbeitsplätze seien nun gesichert. Dennoch sei „wieder Sparen angesagt und Geld nur für das Notwendigste vorhanden.“ Die große Unbekannte sei das Baugebiet „Bruchhäuser Weg“, weshalb Ausgabensperren für bestimmte Vorhaben notwendig waren. Es gelte zunächst die Pflichtaufgaben zu erfüllen. Erst wenn wieder Finanzmittel zur Verfügung stünden, könne man, mit dem Verweis auf die CDU-Haushaltsanträge, schwerpunktmäßig die Maßnahmen im Bereich „Kinder und Jugend“ in Angriff nehmen. Auf jeden Fall jedoch sollten die Heizungsarbeiten in der Humboldtschule und die Fassadensanierung der Friedrichschule vorrangig in Auftrag gegeben werden. Negativ merkte sie an, dass die Haushaltsfinanzierung nur mit Grundstückserlösen möglich sei, weswegen ein sorgsamer Umgang mit dem Faktor Boden ratsam sein sollte. Weiterhin müssten die Kostendeckungsgrade der gemeindlichen Einrichtungen (auch im Vergleich mit den Nachbargemeinden) einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Eine evtl. andere Lösung bei der Erneuerung des Bauhof-Daches sei im zuständigen Ausschuss zu diskutieren. Bei den Personalkosten habe sich wenig geändert, wobei diese nach wie vor im Rahmen lägen. Der abschließende Dank galt dem Bürgermeister, dem Rechnungsamtsleiter Kroihner und der Verwaltung für das vorgelegte Zahlenwerk.

GRat Dr. Stephan Verclas (PL) sah ein „Damokles-Schwert“ über der Gemeinde hängen. Der Haushalt stehe „auf tönernen Füßen“ und sei von der Umlegung des Baugebiets „Bruchhäuser Weg“ abhängig. Es gebe keinerlei Spielraum, weshalb einzelne Investitionen verschoben werden müssten. Auch er bemängelte, dass die Haushaltsfinanzierung nur mit Grundstücksverkäufen möglich sei. Die Einzelsperrvermerke seien unabdingbar, wobei er ausdrücklich einforderte, dass der Gemeinderat jede Freigabe beschließen müsse.

Bürgermeister Huckele stellte hierzu fest, dass nach der Bewirtschaftungsbefugnis, trotz Einstellung der Mittel im Haushaltsplan, jede Ausgabe über 15.000 Euro vom Gemeinderat beschlossen werden müsse. Außerdem könne es nicht der Sinn von Umlegung und Erschließung von Bau- und Gewerbegebieten sein, dass die Gemeinde die zugeflossenen Bauplätze hortet bzw. Gewerbegrundstücke an Interessenten nicht weiter veräußert.

GRat Dieter Schneider (SPD) befand, dass der Aufschwung ringsum „an Plankstadt vorbeigegangen sei.“ Unwägbarere Dinge seien auf die Gemeinde zugekommen. Zwei Fehlentscheidungen des Bürgermeisters hätten zu dieser Situation beigetragen: Zum einen die Senkung der Gewerbesteuer, die wirkungslos geblieben sei, zum anderen der Kauf der Häuser im Heinrich-Heine-Weg, statt über Kredit mit Kassenmitteln, wie eigentlich vom Gemeinderat so beschlossen.

Diesen Vorwürfen widersprach der Bürgermeister entschieden. Er erinnerte daran, dass die Mehrheit des Gemeinderats, nicht zuletzt aufgrund des eindeutigen Hinweises des Geschäftsführers der AstraZeneca, Herr Dr. Marquardt, auf den hohen Gewerbesteuerhebesatz der Gemeinde (Plankstadt: 360 v.H. – Hauptstandort Wedel: 310 v.H.) im Dezember 2006 beschloss, den Hebesatz auf 330 v.H. zu senken. Zum Zeitpunkt des Beschlusses war die Entwicklung, die letztendlich in dem Konzernbeschluss zur Schließung der Firma AstraZeneca gipfelte, in keiner Weise abzusehen. Hätte man den Schritt der Senkung des Regelsatzes nicht gemacht, wäre sicherlich im Nachhinein von anderer Seite der Vorwurf gekommen, dass der hohe Gewerbesteuerhebesatz (mit weiteren zwei Gemeinden der höchste Satz im Rhein-Neckar-Kreis) ein Grund für die Schließung gewesen sei. Absurd sei auch der Vorwurf, dass zur Finanzierung des Kaufpreises der 20 Sozialwohnungen im Heinrich-Heine-Weg kein Darlehen aufgenommen worden sei. Rein rechtlich war dies ohne eine Kreditemächtigung und Veranschlagung im Vermögenshaushalt 2007 überhaupt nicht möglich. Ohne Not ein Darlehen aufzunehmen, würde im Übrigen gegen jedwede Grundsätze des Gemeindefinanzrechts sprechen.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) sah in dem vorliegenden Zahlenwerk die Konsequenz der vergangenen Haushaltsjahre. Man habe über einen Nothaushalt mit Vorbehalt zu beschließen. Grundstücke könnten nur solange veräußert werden, solange der Vorrat reicht. Einziger Lichtblick sei, dass man ohne Kreditaufnahme auskomme und über

eine liquide Kasse verfüge. Die Aussichten seien jedoch nicht rosig, zumal ein Konjunkturunbruch für Änderungen und damit verbundenen weiteren Unwägbarkeiten sorgen könnte.

Er stellte weiterhin fest, dass beim Erfolgs- und Wirtschaftsplan des Wasserwerks kein Gewinn bzw. keine Abführung einer Konzessionsabgabe an die Gemeinde eingeplant sei.

Der Gemeinderat beschloss mehrheitlich, bei sechs Enthaltungen von SPD und GLP, die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008.

Der Wirtschaftsplan der Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2008 wurde mehrheitlich, bei zwei Enthaltungen der GLP, beschlossen.

TOP Ö 8 Bekanntgaben, Anfragen

1. Abschlussgespräch zur überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt

Bürgermeister Huckele lud die vier Fraktionssprecher zum Abschlussgespräch anlässlich der überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt, das auf seinen ausdrücklichen Wunsch am Mittwoch, den 20. Februar 2008, 14.00 Uhr, im Ratssaal des Gemeindezentrums stattfindet, ein.

2. Tunnel B 535

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) fragte an, wie lange der Spielplatz an der Paul-Bönnner-Straße, hinsichtlich des bevorstehenden Baubeginns für den Tunnel, noch genutzt werden könne. BAL Franz Boxheimer schätzte, dass dies noch bis Ende 2008 möglich sein könnte.

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) hielt es in diesem Zusammenhang für dringend erforderlich, den geplanten Spielplatz in der Bahnstraße so schnell wie möglich zu realisieren.

BAL Franz Boxheimer teilte mit, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik und Bauangelegenheiten ein Konzept hierfür vorgelegt werde.

3. Vorkaufsrecht AstraZeneca

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) nahm den zum 01. Februar 2008 erfolgten Betriebsübergang von AstraZeneca auf Corden Pharma zum Anlass und erfragte die weitere Vorgehensweise der Gemeinde.

Bürgermeister Huckele verwies auf beabsichtigte nähere Erläuterungen, die er im anschließenden nichtöffentlichen Teil der Sitzung geben will.

4. Vergabepaxis für öffentliche Baumaßnahmen

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) verwies auf die erfolgten Neuerungen, wonach die freihändige Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen bis 20.000 Euro durch die Verwaltung möglich sei und auch eine beschränkte Ausschreibung bei einem Volumen bis zu 75.000 Euro erfolgen könne. Dadurch könne man die örtlichen Handwerksbetriebe verstärkt mit Leistungen beauftragen.

BAL Franz Boxheimer bestätigte diese Ausführungen.

GRat Gerhard Waldecker (PL) legte ergänzend Wert darauf, dass bei künftigen Ausschreibungen zumindest zwei Angebote vorliegen sollten.

5. Presseartikel der Plankstadter Liste zum Thema „Eigenförderung“ in der Schwetzingener Zeitung

GRat Gerhard Waldecker (PL) stellte klar, dass die Überschrift zu besagtem Artikel von der Zeitungsredaktion gewählt wurde und zu Irritationen führen könne. Ungeachtet dessen, wollte er als Quintessenz aus der Versammlung festgehalten wissen, dass die Plankstadter Liste das Wasserwerk nicht aufgeben wolle. Bürgermeister Huckele nahm ebenfalls Bezug auf den Zeitungsbericht und widersprach ausdrücklich der dort getroffenen Behauptung, die Verwaltung habe den Gemeinderat vom Endetermin des Wasserlieferungsvertrags (30.08.2007) zu spät informiert. Richtig sei vielmehr, dass die entsprechende Mitteilung bereits in der nichtöffentlichen Informationssitzung im Februar 2006 erfolgt sei. Auch hätte eine Bürgerversammlung in diesem Stadium zu keiner konkreten Entscheidung geführt. Fest stehe auch, dass ohne einen neuen Vertragsabschluss die Stadtwerke Schwetzingen keine zweite Einspeisung im Bereich Ringstraße bauen würde.

Von Seiten der Zuhörer meldete sich Herr Zund zu Wort und bewertete den informativen Vortrag von Herrn Richter bei der Versammlung der Plankstadter Liste zum Thema Eigenförderung als hilfreich für die Beurteilung der Sachlage.